

Gertraud Vorbrodt ;Gottfried-Arnold-Weg 8; 14089 Berlin

Offener Brief an das Bundespräsidialamt und den Regierenden Bürgermeister von Berlin

05.02.2018

Rückgabe des Bundesverdienstkreuzes

Mit heutigem Datum schicke ich das mir am 11.12.2008 durch Bundespräsidenten Horst Köhler verliehene und am 25.02. 2009 durch Senator Dr. Erhard Körting übergebene Bundesverdienstkreuz am Bande zurück.

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklung ertrage ich es nicht mehr „in Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste“ ausgezeichnet worden zu sein.

Insbesondere betrifft das:

- Die massiv gesteigerten Waffenexporte in Länder wie z.B. die Türkei und Saudi Arabien (zur Unterstützung des Krieges im Jemen?) in Verbindung mit der hohlen Phrase von der „Bekämpfung von Fluchtursachen“: Zynisch könnte man zu dem Schluss kommen, dass jeder tote Soldat oder Zivilist ein potenzieller Flüchtling weniger ist.
- Die weitere Aussetzung der Familienzusammenführung für hier Schutz Suchende, selbst wenn diese noch minderjährige Alleinstehende sind: Mit der ausschließlichen Orientierung an der Zahl und nicht am Schicksal der Menschen, werden rechtliche und humanitäre Verpflichtungen überhaupt nicht mehr berücksichtigt.
- Die spontane „großherzige“ Aufnahme von Flüchtenden 2015 führt durch quälend lange Bleiberechtsverfahren zur Verfestigung der Unsicherheit.
- Das unwürdige Hin-und-Her-Schieben von Menschen und Verantwortung auf Grundlage der sogenannten „Dublin- Regelungen“.
- Die forciert geforderten und weiterhin durchgeführten Abschiebungen auch in Krisenregionen wie z.B. Afghanistan.
- Der Umgang mit Roma: einerseits wird der von unseren Vorfahren Ermordeten fromm gedacht, andererseits werden die Nachkommen der Ermordeten und Verfolgten in die Perspektivlosigkeit abgeschoben.
- Die grundsätzliche Abschiebung von ehemaligen Straftätern nach Verbüßung der Haft, die ja nicht der Rache, sondern der Resozialisierung dienen sollte.

Zu allen hier angeführten Punkten gibt es eine Vielzahl ausgezeichneter rechtlicher und humanitärer Stellungnahmen und Gutachten, die aber keine grundlegende Revision der Gesetze oder Verordnungen nach sich zogen.

Deutschland müsste froh sein, dass viele Menschen hierher kommen wollen, auch weil sie hoffen, hier Rechtssicherheit, Humanität und die Vorteile der Demokratie erfahren und erleben zu können. Vielen wird aber geantwortet mit Abschreckung oder „Anreiz mindernden Maßnahmen“.

Ich wurde 1938 geboren und muss nun leider zunehmend erleben, dass Humanität zugunsten eines finanziellen Wohlstandes und individuellen Machtstrebens immer weiter reduziert wird und für eine solche Entwicklung kann und will ich mir keine „Verdienste“ erworben haben.

Gertraud Vorbrodt